



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 24.5.2023
COM(2023) 607 final

Empfehlung für eine

EMPFEHLUNG DES RATES

**zum nationalen Reformprogramm Irlands 2023 mit einer Stellungnahme des Rates zum
Stabilitätsprogramm Irlands 2023**

{SWD(2023) 607 final}

Empfehlung für eine

EMPFEHLUNG DES RATES

zum nationalen Reformprogramm Irlands 2023 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Irlands 2023

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 121 Absatz 2 und Artikel 148 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken¹, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 2,

auf Empfehlung der Europäischen Kommission,

unter Berücksichtigung der Entschließungen des Europäischen Parlaments,

unter Berücksichtigung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates,

nach Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Finanzausschusses,

nach Stellungnahme des Ausschusses für Sozialschutz,

nach Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaftspolitik,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität² trat am 19. Februar 2021 in Kraft. Im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität wird den Mitgliedstaaten finanzielle Unterstützung für Reformen und Investitionen bereitgestellt und so für einen EU-finanzierten Konjunkturimpuls gesorgt. Den Prioritäten des Europäischen Semesters entsprechend trägt die Fazilität zur wirtschaftlichen und sozialen Erholung und zur Umsetzung nachhaltiger Reformen und Investitionen bei, insbesondere mit dem Ziel, den ökologischen und digitalen Wandel zu fördern und die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten widerstandsfähiger zu machen. Sie hilft auch, die öffentlichen Finanzen zu stärken und das mittel- und langfristige Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum anzukurbeln, den territorialen Zusammenhalt in der EU zu stärken und die weitere Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte zu unterstützen. Der maximale finanzielle Beitrag, der den einzelnen Mitgliedstaaten im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität jeweils gewährt werden kann, wurde am 30. Juni 2022 gemäß Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/241 aktualisiert.

¹ ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1.

² Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2021 zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ABl. L 57 vom 18.2.2021, S. 17).

- (2) Am 22. November 2022 nahm die Kommission den Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2023³ an und leitete damit das Europäische Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung 2023 ein. Am 23. März 2023 billigte der Europäische Rat die auf die vier Komponenten der wettbewerbsfähigen Nachhaltigkeit abstellenden Prioritäten des Berichts. Am 22. November 2022 nahm die Kommission auf der Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 1176/2011 auch den Warnmechanismus-Bericht 2023 an, worin Irland nicht als einer der Mitgliedstaaten genannt wurde, bei denen wegen bestehender oder drohender Ungleichgewichte eine eingehende Überprüfung angezeigt war. Am selben Tag nahm die Kommission auch eine Stellungnahme zur Übersicht über die Haushaltsplanung Irlands 2023 an. Die Kommission legte außerdem eine Empfehlung für eine Empfehlung des Rates zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets vor, die am 16. Mai 2023 vom Rat angenommen wurde, sowie den Vorschlag für den Gemeinsamen Beschäftigungsbericht 2023 mit einer Analyse der Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien und der Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte, der am 13. März 2023 vom Rat angenommen wurde.
- (3) Wenngleich sich die Volkswirtschaften der EU bemerkenswert resilient zeigen, wirkt sich der geopolitische Kontext doch nach wie vor negativ aus. Die EU steht fest an der Seite der Ukraine und richtet den Fokus ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Agenda darauf, auf kurze Sicht die negativen Auswirkungen der Energieschocks auf schwächer aufgestellte Haushalte und Unternehmen abzumildern und gleichzeitig die Anstrengungen fortzusetzen, um auf mittlere Sicht den ökologischen und digitalen Wandel zu vollziehen, ein nachhaltiges und inklusives Wachstum zu fördern, die makroökonomische Stabilität zu wahren und die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt darauf, die Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität der EU zu steigern.
- (4) Am 1. Februar 2023 legte die Kommission die Mitteilung „Ein Industrieplan zum Grünen Deal für das klimaneutrale Zeitalter“⁴ vor, um die Wettbewerbsfähigkeit der klimaneutralen Industrie der EU zu stärken und den schnellen Übergang zur Klimaneutralität zu unterstützen. Der Plan ergänzt die laufenden Anstrengungen im Rahmen des europäischen Grünen Deals und von REPowerEU. Er zielt darauf ab, ein günstigeres Umfeld für die Ausweitung der EU-Produktionskapazität für klimaneutrale Technologien und Produkte zu schaffen, die zur Erreichung der ehrgeizigen Klimaziele der EU benötigt werden, und den Zugang zu relevanten kritischen Rohstoffen sicherzustellen, auch durch Diversifizierung der Beschaffung, indem die geologischen Ressourcen in den Mitgliedstaaten ausgenutzt und Rohstoffe maximal recycelt werden. Der Plan umfasst vier Säulen: ein vorhersehbares und vereinfachtes Regelungsumfeld, einen schnelleren Zugang zu Finanzmitteln, den Ausbau von Kompetenzen und einen offenen Handel für robuste Lieferketten. Am 16. März 2023 legte die Kommission außerdem die Mitteilung „Langfristige Wettbewerbsfähigkeit der EU: Blick über 2030 hinaus“⁵ vor, die nach neun sich gegenseitig verstärkenden Faktoren gegliedert ist und die Schaffung eines wachstumsfördernden Rechtsrahmens zum Ziel hat. In der Mitteilung werden politische Prioritäten gesetzt, mit denen aktiv für strukturelle Verbesserungen, gezielte Investitionen und Regulierungsmaßnahmen zugunsten der langfristigen

³ COM(2022) 780 final.

⁴ COM(2023) 62 final.

⁵ COM(2023) 168 final.

Wettbewerbsfähigkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten gesorgt werden soll. Die nachstehenden Empfehlungen helfen diese Prioritäten anzugehen.

- (5) Das Europäische Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung verläuft 2023 weiterhin parallel zur Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität. Die vollständige Umsetzung der Aufbau- und Resilienzpläne bleibt für die Verwirklichung der politischen Prioritäten im Rahmen des Europäischen Semesters unerlässlich, da mit diesen Plänen alle oder wesentliche Teile der einschlägigen länderspezifischen Empfehlungen der letzten Jahre angegangen werden. Ebenso relevant bleiben die länderspezifischen Empfehlungen von 2019, 2020 und 2022 auch für Aufbau- und Resilienzpläne, die nach den Artikeln 14, 18 und 21 der Verordnung (EU) 2021/241 überarbeitet, aktualisiert oder geändert wurden.
- (6) Die am 27. Februar 2023 angenommene REPowerEU-Verordnung⁶ zielt darauf ab, die Abhängigkeit der EU von Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Russland rasch zu beenden. Dies wird zur Energieversorgungssicherheit und zur Diversifizierung der Energieversorgung der EU beitragen und zugleich den Einsatz erneuerbarer Energien, die Energiespeicherkapazitäten und die Energieeffizienz erhöhen. Die Verordnung ermöglicht es den Mitgliedstaaten, ihren nationalen Aufbau- und Resilienzplänen ein neues REPowerEU-Kapitel hinzuzufügen, um wichtige Reformen und Investitionen zu finanzieren, die zur Verwirklichung der REPowerEU-Ziele beitragen werden. Diese Reformen und Investitionen werden auch dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der klimaneutralen Industrie der EU im Sinne des Industriepans zum Grünen Deal für das klimaneutrale Zeitalter zu stärken und die länderspezifischen Empfehlungen an die Mitgliedstaaten für den Energiebereich von 2022 und gegebenenfalls 2023 umzusetzen. Mit der REPowerEU-Verordnung wird eine neue Art von nicht rückzahlbarer finanzieller Unterstützung eingeführt, die den Mitgliedstaaten für die Finanzierung neuer energiebezogener Reformen und Investitionen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzpläne zur Verfügung gestellt wird.
- (7) Am 8. März 2023 nahm die Kommission eine Mitteilung mit haushaltspolitischen Leitlinien für 2024 an. Damit soll die Ausarbeitung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der Mitgliedstaaten unterstützt und so die politische Koordinierung verstärkt werden.⁷ Die Kommission erinnerte daran, dass die allgemeine Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts Ende 2023 außer Kraft gesetzt wird. Sie forderte für 2023/2024 eine Haushaltspolitik, die darauf abstellt, die mittelfristige Schuldentragfähigkeit zu sichern und das Potenzialwachstum auf nachhaltige Weise zu erhöhen. Die Mitgliedstaaten wurden aufgerufen, in ihren Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen 2023 darzulegen, wie ihre Haushaltsplanungen nicht nur die Einhaltung des Defizit-Referenzwerts von 3 % des BIP, sondern auch einen plausiblen und stetigen Schuldenabbau oder einen mittelfristig dem Vorsichtsgebot entsprechenden Schuldenstand gewährleisten. Die Kommission rief die Mitgliedstaaten dazu auf, die nationalen finanzpolitischen Maßnahmen zum Schutz der Haushalte und Unternehmen vor dem Energiepreisschock auslaufen zu lassen, allen voran die am wenigsten gezielten Maßnahmen. Sie wies darauf hin, dass die Mitgliedstaaten – sollte neuerlicher Energiepreisdruck eine

⁶ Verordnung (EU) 2023/435 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Februar 2023 zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/241 in Bezug auf REPowerEU-Kapitel in den Aufbau- und Resilienzplänen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1303/2013, (EU) 2021/1060 und (EU) 2021/1755 sowie der Richtlinie 2003/87/EG (ABl. L 63 vom 28.2.2023, S. 1).

⁷ COM(2023) 141 final.

Verlängerung von Entlastungsmaßnahmen erforderlich machen – ihre Maßnahmen deutlich gezielter als in der Vergangenheit auf schwächer aufgestellte Haushalte und Unternehmen ausrichten sollten. Die Kommission schlug vor, die haushaltspolitischen Empfehlungen quantifiziert und differenziert sowie auf Basis der Nettoprimärausgaben zu formulieren, wie sie es in ihrer Mitteilung über Leitlinien für eine Reform des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung⁸ vorgeschlagen hatte. Sie empfahl, dass alle Mitgliedstaaten die national finanzierten Investitionen weiterhin aufrechterhalten und sicherstellen sollten, dass Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität und anderen EU-Fonds, insbesondere mit Blick auf den ökologischen und digitalen Wandel und die Resilienz, tatsächlich abgerufen werden. Die Kommission kündigte ihre Absicht an, dem Rat im Frühjahr 2024 auf Basis der Ist-Daten für 2023 gemäß den geltenden Rechtsvorschriften die Eröffnung defizitbedingter Verfahren bei einem übermäßigen Defizit vorzuschlagen.

- (8) Am 26. April 2023 legte die Kommission Legislativvorschläge für eine umfassende Reform der Vorschriften zur wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU vor. Die Vorschläge zielen in erster Linie darauf ab, die Tragfähigkeit der öffentlichen Schuldenstände zu erhöhen und durch Reformen und Investitionen ein nachhaltiges und integratives Wachstum in allen Mitgliedstaaten zu fördern. Den Mitgliedstaaten soll bei der Ausgestaltung ihrer mittelfristigen Pläne mehr Kontrolle gegeben werden, wobei zugleich die Durchsetzung verschärft werden soll, um zu gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten ihre Zusagen aus den mittelfristigen strukturellen finanzpolitischen Plänen einhalten. Ziel ist es, die legislativen Arbeiten 2023 abzuschließen.
- (9) Am 28. Mai 2021 legte Irland der Kommission gemäß Artikel 18 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/241 seinen nationalen Aufbau- und Resilienzplan vor. Gemäß Artikel 19 jener Verordnung hat die Kommission die Relevanz, Wirksamkeit, Effizienz und Kohärenz des Aufbau- und Resilienzplans anhand der in Anhang V der Verordnung enthaltenen Bewertungsleitlinien bewertet. Am 8. September 2021 nahm der Rat einen Beschluss an, mit dem er die Bewertung des Aufbau- und Resilienzplans Irlands billigte.⁹ Die Freigabe von Tranchen ist erst möglich, nachdem die Kommission in einem Beschluss nach Artikel 24 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2021/241 festgestellt hat, dass Irland die im Durchführungsbeschluss des Rates festgelegten einschlägigen Etappenziele und Zielwerte in zufriedenstellender Weise erreicht hat. Eine zufriedenstellende Erreichung setzt voraus, dass es bei zuvor erreichten Etappenzielen und Zielwerten nicht wieder zu Rückschritten gekommen ist.
- (10) Am 4. Mai 2023 legte Irland sein nationales Reformprogramm 2023 und am 2. Mai 2023 gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 sein Stabilitätsprogramm 2023 vor. Um den Verbindungen zwischen diesen beiden Programmen Rechnung zu tragen, wurden sie gemeinsam bewertet. Nach Artikel 27 der Verordnung (EU) 2021/241 muss sich im nationalen Reformprogramm 2023 auch die halbjährliche Berichterstattung Irlands über die Fortschritte bei der Durchführung seines Aufbau- und Resilienzplans niederschlagen.
- (11) Den Länderbericht 2023 für Irland¹⁰ veröffentlichte die Kommission am 24. Mai 2023. Bewertet werden darin die Fortschritte Irlands bei der Umsetzung der einschlägigen

⁸ COM(2022) 583 final.

⁹ Durchführungsbeschluss des Rates vom 8. September 2021 zur Billigung der Bewertung des Aufbau- und Resilienzplans Irlands (ST 11046/21; ST 11046/21 ADD 1).

¹⁰ SWD(2023) 607 final.

länderspezifischen Empfehlungen des Rates aus dem Zeitraum 2019 bis 2022 und der Stand der Durchführung des Aufbau- und Resilienzplans durch Irland. Ausgehend von dieser Bewertung wird im Länderbericht aufgezeigt, bei welchen Herausforderungen noch Handlungsbedarf besteht, weil sie mit dem Aufbau- und Resilienzplan nicht oder nur teilweise angegangen werden, und welche Herausforderungen neu hinzugekommen sind oder sich abzeichnen. Ferner werden in dem Bericht die Fortschritte Irlands bei der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte, bei der Verwirklichung der Kernziele der EU in den Bereichen Beschäftigung, Kompetenzen und Armutsbekämpfung sowie bei den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung bewertet.

- (12) Nach den von Eurostat validierten Daten¹¹ verbesserte sich der gesamtstaatliche Haushaltssaldo Irlands von einem Defizit in Höhe von 1,6 % des BIP im Jahr 2021 auf einen Überschuss von 1,6 % des BIP im Jahr 2022, während sich der gesamtstaatliche Schuldenstand von 55,4 % des BIP Ende 2021 auf 44,7 % Ende 2022 verringerte.
- (13) Die zur Abfederung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Energiepreisanstiegs getroffenen finanzpolitischen Maßnahmen haben sich auf den gesamtstaatlichen Haushaltssaldo ausgewirkt. 2022 umfassten die einnahmenverringenden Maßnahmen eine Senkung der Verbrauchsteuer auf Kraftstoffe und eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Gas und Strom; derweil umfassten die ausgabenseitigen Maßnahmen Abzüge von allen privaten Stromverrechnungen und eine Reihe sozialer Transferleistungen. Die Kommission schätzt die Netto-Budgetkosten dieser Maßnahmen im Jahr 2022 auf 0,5 % des BIP. Der gesamtstaatliche Haushaltssaldo wird auch durch die Budgetkosten für den vorübergehenden Schutz von Vertriebenen aus der Ukraine beeinflusst, die für 2022 auf 0,1 % des BIP geschätzt werden. Derweil gingen die Kosten für befristete COVID-19-Sofortmaßnahmen von schätzungsweise 2,8 % des BIP im Jahr 2021 auf 0,7 % des BIP im Jahr 2022 zurück.
- (14) Am 18. Juni 2021 empfahl der Rat Irland, 2022 einen stützenden finanzpolitischen Kurs einschließlich des von der Aufbau- und Resilienzfazität ausgehenden Impulses zu verfolgen und national finanzierte Investitionen aufrechtzuerhalten.¹²
- (15) Nach Schätzungen der Kommission war der finanzpolitische Kurs¹³ im Jahr 2022 mit -0,2 % des BIP weitgehend neutral, was angesichts der hohen Inflation angebracht war. Wie vom Rat empfohlen, förderte Irland die Erholung weiterhin mit Investitionen, die aus der Aufbau- und Resilienzfazität finanziert werden sollen. Die mit Zuschüssen aus der Aufbau- und Resilienzfazität und anderen EU-Fonds finanzierten Ausgaben beliefen sich 2022 auf 0,04 % des BIP (nach 0,1 % des BIP im Jahr 2021). Die national finanzierten Investitionen leisteten einen expansiven Beitrag von 0,1 Prozentpunkten zum finanzpolitischen Kurs¹⁴. Damit hat Irland wie vom Rat empfohlen national finanzierte Investitionen aufrechterhalten. Zugleich leistete das

¹¹ Eurostat, Euroindikatoren 47/2023 vom 21.4.2023.

¹² Empfehlung des Rates vom 18. Juni 2021 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Irlands 2021 (ABl. C 304 vom 29.7.2021, S. 28).

¹³ Gemessen wird der finanzpolitische Kurs als Veränderung der Primärausgaben (abzüglich diskretionärer einnahmenseitiger Maßnahmen) ohne befristete Sofortmaßnahmen aufgrund der COVID-19-Krise, aber einschließlich der mit nicht rückzahlbarer Unterstützung (Zuschüssen) aus der Aufbau- und Resilienzfazität und anderen EU-Fonds finanzierten Ausgaben im Verhältnis zum mittelfristigen Potenzialwachstum. Näheres im finanzstatistischen Anhang, Kasten 1.

¹⁴ Sonstige national finanzierte Investitionsausgaben leisteten einen neutralen Beitrag von 0,0 BIP-Prozentpunkten.

Wachstum der national finanzierten laufenden Primärausgaben (ohne neue einnahmenseitige Maßnahmen) einen weitgehend neutralen Beitrag von -0,2 Prozentpunkten zum finanzpolitischen Kurs. Damit hat Irland das Wachstum der national finanzierten laufenden Ausgaben ausreichend begrenzt.

- (16) Den Haushaltsprojektionen des Stabilitätsprogramms liegt für 2023 ein realistisches und für den Zeitraum danach ein vorsichtiges makroökonomisches Szenario zugrunde. So geht die Regierung für 2023 und 2024 von einem realen BIP-Wachstum von 5,6 % bzw. 4,1 % aus. Im Vergleich dazu war die Kommission in ihrer Frühjahrsprognose 2023 für das Jahr 2023 von einem geringeren realen BIP-Wachstum von 5,5 % sowie für 2024 von einem höheren Wachstum von 5,0 % ausgegangen. Die vergleichsweise höhere Wachstumsrate der Kommission für 2024 ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Kommission mit einem schnelleren Wachstum der Nettoausfuhren rechnet. Im Falle Irlands unterliegt diese Variable jedoch großen Schwankungen, da hier eine kleine Zahl großer multinationaler Unternehmen bestimmend ist, die in den letzten Jahren wirtschaftlich sehr erfolgreich waren.
- (17) Laut Stabilitätsprogramm 2023 erwartet die Regierung für 2023 einen Anstieg des gesamtstaatlichen Überschusses auf 1,8 % des BIP. Der Anstieg im Jahr 2023 spiegelt in erster Linie ein kräftiges Einnahmenwachstum wider. Dem Programm zufolge soll die gesamtstaatliche Schuldenquote von 44,7 % Ende 2022 auf 40,5 % Ende 2023 zurückgehen. Die Kommission rechnet in ihrer Frühjahrsprognose 2023 für 2023 mit einem öffentlichen Überschuss von 1,7 % des BIP. Dies steht im Einklang mit dem im Stabilitätsprogramm angesetzten Überschuss. Die Kommission rechnet in ihrer Frühjahrsprognose 2023 mit einer ähnlichen gesamtstaatlichen Schuldenquote von 40,4 % zum Jahresende 2023.
- (18) Der gesamtstaatliche Haushaltssaldo dürfte 2023 weiterhin durch die finanzpolitischen Maßnahmen zur Abmilderung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Energiepreisanstiegs beeinflusst werden. Dabei handelt es sich um verlängerte Maßnahmen aus dem Jahr 2022, insbesondere eine zweite Runde von zwei Abzügen von allen privaten Stromverrechnungen sowie weitere soziale Transferleistungen. Diese Maßnahmen werden zum Teil durch die Besteuerung der Zufallsgewinne von Energieversorgern gegenfinanziert, insbesondere durch eine Abschöpfung der Einnahmen aus der Stromerzeugung ab einer bestimmten Obergrenze. Unter Berücksichtigung dieser Einnahmen geht die Kommission in ihrer Frühjahrsprognose 2023 davon aus, dass sich die Nettokosten dieser Entlastungsmaßnahmen für den Haushalt 2023 auf 0,3 % des BIP belaufen werden.¹⁵ Die meisten Maßnahmen im Jahr 2023 scheinen nicht gezielt auf die am schwächsten aufgestellten Haushalte oder Unternehmen ausgerichtet zu sein, erhalten aber das Preissignal zur Senkung der Energienachfrage und zur Steigerung der Energieeffizienz aufrecht. Folglich wird der Umfang der gezielten Entlastungsmaßnahmen, der bei der Bewertung der Einhaltung der haushaltspolitischen Empfehlung für 2023 zu berücksichtigen ist, in der Frühjahrsprognose 2023 der Kommission im Jahr 2023 auf 0,1 % des BIP geschätzt (gegenüber 0,2 % des BIP im Jahr 2022). Die Kosten des vorübergehenden Schutzes von Vertriebenen aus der Ukraine für den Haushalt werden den Prognosen zufolge gegenüber 2022 um 0,1 BIP-Prozentpunkte steigen.

¹⁵ Dieser Wert gibt die Höhe der jährlichen Budgetkosten dieser Maßnahmen unter Einberechnung von laufenden Einnahmen und Ausgaben sowie gegebenenfalls Investitionsausgaben wieder.

Zugutekommen dürfte dem gesamtstaatlichen Haushaltssaldo 2023 das Auslaufen befristeter COVID-19-Sofortmaßnahmen im Umfang von 0,7 % des BIP.

- (19) Am 12. Juli 2022 empfahl der Rat Irland¹⁶ dafür zu sorgen, dass der Anstieg der national finanzierten laufenden Primärausgaben 2023 unter Berücksichtigung der fortgesetzten befristeten und gezielten Unterstützung für die vom Energiepreisanstieg besonders betroffenen Haushalte und Unternehmen sowie die aus der Ukraine flüchtenden Menschen mit einem weitgehend neutralen politischen Kurs im Einklang steht.¹⁷ Irland sollte sich bereithalten, die laufenden Ausgaben an die sich wandelnde Situation anzupassen. Außerdem wurde Irland empfohlen, die öffentlichen Investitionen für den ökologischen und digitalen Wandel sowie die Energiesicherheit unter Berücksichtigung der REPowerEU-Initiative auszuweiten, unter anderem durch Inanspruchnahme der Aufbau- und Resilienzfazilität und von anderen Unionsfonds.
- (20) Für 2023 wird in der Frühjahrsprognose 2023 der Kommission vor dem Hintergrund der hohen Inflation von einem weitgehend neutralen finanzpolitischen Kurs (0,2 % des BIP) ausgegangen. Dieser folgt auf den weitgehend neutralen finanzpolitischen Kurs im Jahr 2022 (-0,2 % des BIP). Den Prognosen zufolge wird das Wachstum der national finanzierten laufenden Primärausgaben (ohne diskretionäre einnahmenseitige Maßnahmen) 2023 einen kontraktiven Beitrag von 0,3 % des BIP zum finanzpolitischen Kurs leisten. Darin ist die Senkung der Kosten für die gezielten Entlastungsmaßnahmen zugunsten der vom Energiepreisanstieg besonders betroffenen Haushalte und Unternehmen um 0,1 % des BIP enthalten. Auch enthalten sind die gestiegenen Kosten für den vorübergehenden Schutz von aus der Ukraine Vertriebenen (um 0,1 % des BIP). In der Summe steht das projizierte Wachstum der national finanzierten laufenden Primärausgaben mit der Empfehlung des Rates in Einklang. Die mit Zuschüssen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität und anderen EU-Fonds finanzierten Ausgaben werden 2023 voraussichtlich 0,1 % des BIP betragen, während die national finanzierten Investitionen voraussichtlich einen neutralen Beitrag von 0,0 Prozentpunkten zum finanzpolitischen Kurs leisten werden¹⁸. Daher plant Irland, zusätzliche Investitionen über die Aufbau- und Resilienzfazilität und andere EU-Fonds zu finanzieren, und dürfte die national finanzierten Investitionen aufrechterhalten. Geplant ist die Finanzierung öffentlicher Investitionen für den ökologischen und digitalen Wandel sowie die Energieversorgungssicherheit – etwa die Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energien und der Elektrifizierung anderer Branchen, was teilweise aus der Aufbau- und Resilienzfazilität sowie aus anderen EU-Fonds finanziert werden soll.
- (21) Laut Stabilitätsprogramm soll der gesamtstaatliche Überschuss 2024 auf 2,8 % des BIP steigen. Dieser Anstieg im Jahr 2024 ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Ausgaben dank des Auslaufens befristeter ausgabensteigernder Maßnahmen sinken. Dem Programm zufolge wird die gesamtstaatliche Schuldenquote bis Jahresende 2024 auf 38,2 % des BIP sinken. Auf der Grundlage der zum Prognosestichtag bekannten Politikmaßnahmen rechnet die Kommission in ihrer

¹⁶ Empfehlung des Rates vom 12. Juli 2022 zum nationalen Reformprogramm Irlands 2022 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Irlands 2022 ABl. C 334 vom 1.9.2022, S. 52.

¹⁷ Ausgehend von der Frühjahrsprognose 2023 der Kommission wird das mittelfristige Potenzialwachstum Irlands (Zehnjahresdurchschnitt), das zur Messung des finanzpolitischen Kurses herangezogen wird, auf nominal 12,3 % geschätzt.

¹⁸ Die sonstigen national finanzierten Investitionsausgaben werden den Projektionen zufolge einen expansiven Beitrag von 0,1 BIP-Prozentpunkten leisten.

Frühjahrsprognose 2023 für 2024 mit einem öffentlichen Überschuss von 2,2 % des BIP. Dieser Wert liegt unter dem im Programm prognostizierten Überschuss, was in erster Linie auf höher angesetzte Ausgaben in der Frühjahrsprognose 2023 der Kommission zurückzuführen ist. Die Kommission rechnet in ihrer Frühjahrsprognose 2023 mit einer ähnlichen gesamtstaatlichen Schuldenquote, nämlich 38,3 %, zum Jahresende 2024.

- (22) Dem Stabilitätsprogramm zufolge sollen 2024 die Entlastungsmaßnahmen im Energiebereich auslaufen. Die Kommission geht ebenfalls von einer vollständigen Beendigung dieser Entlastungsmaßnahmen im Jahr 2024 aus. Dies beruht auf der Annahme, dass es zu keinen neuerlichen Energiepreisanstiegen kommt.
- (23) In dem Programm plant Irland, das mittelfristige Haushaltsziel – einen strukturellen Haushaltssaldo von -0,5 % des BIP¹⁹ – in den Jahren 2023 und 2024 zu erreichen und während des gesamten Programmzeitraums beizubehalten. Ausgehend von der Frühjahrsprognose 2023 der Kommission dürfte der strukturelle Saldo voraussichtlich bei einem Defizit von 0,1 % des BIP im Jahr 2023 und einem Überschuss von 1,0 % des BIP im Jahr 2024 liegen, womit das mittelfristige Haushaltsziel übertroffen wird.
- (24) Unter der Annahme einer unveränderten Politik rechnet die Kommission in ihrer Frühjahrsprognose 2023 mit einem Anstieg der national finanzierten Nettoprimärausgaben²⁰ um 1,9 % im Jahr 2024.
- (25) Laut Programm sollen die öffentlichen Investitionen von 2,0 % des BIP im Jahr 2023 auf 2,1 % des BIP im Jahr 2024 steigen. Dabei dürften sowohl die national als auch die von der EU, insbesondere über die Aufbau- und Resilienzfazilität, finanzierten Investitionen zulegen. Das Programm enthält Reformen und Investitionen, die zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und zu einem nachhaltigen und integrativen Wachstum beitragen dürften. Dazu gehören eine Aktualisierung des Klimaschutzplans und der Aufbau eines Rechenzentrums, die ebenfalls Teil des Aufbau- und Resilienzplans sind.
- (26) Im Stabilitätsprogramm wird ein mittelfristiger haushaltspolitischer Pfad bis 2026 skizziert. Laut Programm soll der gesamtstaatliche Überschuss auf 2,9 % des BIP im Jahr 2025 und 3,1 % des BIP im Jahr 2026 steigen. Der gesamtstaatliche Haushaltssaldo soll somit im gesamten Programmzeitraum dem im Vertrag festgelegten Referenzwert entsprechen. Laut Programm soll die gesamtstaatliche Schuldenquote von 38,2 % Ende 2024 auf 32,0 % Ende 2026 zurückgehen.
- (27) Im Vergleich zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20-64 Jahre) wird sich der Anteil der über 64-Jährigen bis 2070 voraussichtlich mehr als verdoppeln; dann würde es weniger als zwei potenzielle Beitragszahler für jeden Rentner geben – verglichen mit fast vier Beitragszahlern im Jahr 2022. Diese Bevölkerungsalterung macht ein Rentensystem erforderlich, das vor steigenden Kosten geschützt ist. Die im September 2022 angekündigte Rentenreform behält das Renteneintrittsalter von 66 Jahren bei. Die Regierung beabsichtigt daher, die Tragfähigkeit des Rentensystems

¹⁹ Der von der Kommission unter Anwendung der gemeinsamen Methodik neu berechnete strukturelle Saldo (konjunkturbereinigter Haushaltssaldo ohne Anrechnung einmaliger und befristeter Maßnahmen) deutet auf ein strukturelles Defizit von 0,9 % des BIP im Jahr 2023 und einen Überschuss von 0,1 % im Jahr 2024 hin.

²⁰ Die Nettoprimärausgaben sind definiert als national finanzierte Ausgaben ohne diskretionäre einnahmenseitige Maßnahmen, ohne Zinsausgaben und ohne Ausgaben aufgrund konjunkturbedingter Arbeitslosigkeit.

von der Beitragsseite her anzugehen. Im Jahr 2023 wird die Regierung voraussichtlich einen Fahrplan für eine schrittweise Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge zwischen 2024 und 2034 vorlegen. Dies würde mehr Klarheit darüber bringen, wie die Finanzierungsmodalitäten des staatlichen Rentensystems festgelegt werden sollen.

- (28) Nach dem in Artikel 19 Absatz 3 Buchstabe b und Anhang V Abschnitt 2.2 der Verordnung (EU) 2021/241 genannten Kriterium enthält der Aufbau- und Resilienzplan ein umfassendes Paket sich gegenseitig verstärkender Reformen und Investitionen, die bis 2026 umzusetzen sind. Die Umsetzung des irischen Aufbau- und Resilienzplans ist im Gange, es gibt jedoch erhebliche Verzögerungen. Aufgrund begrenzter Ressourcen und unzureichender Prioritätensetzung ist Irland im Umsetzungsprozess zurückgefallen. Irland legte im Mai 2023 eine Änderung seines Plans vor. Seinen ersten Zahlungsantrag muss das Land noch einreichen. Auch die Ausarbeitung eines REPowerEU-Kapitels ist im Gange. Eine zügige Aufnahme des neuen REPowerEU-Kapitels in den Aufbau- und Resilienzplan wird die Finanzierung zusätzlicher Reformen und Investitionen zur Unterstützung der strategischen Ziele Irlands im Bereich Energie und ökologischer Wandel ermöglichen. Die systematische und wirkungsvolle Einbeziehung kommunaler und regionaler Gebietskörperschaften, der Sozialpartner und anderer relevanter Interessenträger ist für die erfolgreiche Durchführung des Aufbau- und Resilienzplans sowie anderer, über den Plan hinausreichender wirtschafts- oder beschäftigungspolitischer Maßnahmen nach wie vor von Bedeutung, da nur so sichergestellt werden kann, dass die politische Agenda insgesamt auf breiter Basis mitgetragen wird.
- (29) Die Kommission hat 2022 alle kohäsionspolitischen Programmunterlagen Irlands gebilligt. Um in Irland den ökologischen und digitalen Wandel zu vollziehen, die wirtschaftliche und soziale Krisenfestigkeit zu stärken und eine ausgewogene territoriale Entwicklung zu erreichen, müssen die kohäsionspolitischen Programme komplementär zum Aufbau- und Resilienzplan samt seinem REPowerEU-Kapitel unter Ausnutzung von Synergien zügig umgesetzt werden.
- (30) Über die mit dem Aufbau- und Resilienzplan angegangenen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen hinaus steht Irland vor einer Reihe zusätzlicher Herausforderungen im Zusammenhang mit der Kreislaufwirtschaft, der Trinkwasserversorgung und Abwasseraufbereitung sowie mit dem Elektrizitätssystem, der Energieinfrastruktur und Technologie für intelligente Netze, Genehmigungsrahmen, Energieeffizienz, nachhaltigem Verkehr und grünen Kompetenzen.
- (31) Das Abfallaufkommen in Irland nimmt weiter zu und liegt nach wie vor deutlich über dem EU-Durchschnitt. Seine Recyclingleistung stagniert seit einigen Jahren. Die kreislaforientierte Materialnutzung in Irland stieg 2021 auf 2 % leicht an, verharrt aber damit deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 11,7 %. Während sich die Abfallbewirtschaftung verbessert hat, sind die Auswirkungen des Abfallaktionsplans für eine Kreislaufwirtschaft aus dem Jahr 2020 und der im Dezember 2021 veröffentlichten ressortübergreifenden Kreislaufwirtschaftsstrategie noch nicht spürbar. Es sind mehr Investitionen nötig, um die Ziele der EU im Bereich der Kreislaufwirtschaft zu erreichen. Dazu gehört eine verbesserte Infrastruktur für die getrennte Sammlung und Behandlung von Abfällen – mit einem Schwerpunkt auf Kunststoff- und Bioabfällen –, um Abfälle von Deponien und Verbrennungsanlagen wegzulenken. Was die Wasserbewirtschaftung und -qualität betrifft, ist Irland mit einer alternden und veralteten Infrastruktur konfrontiert, was EU-weit zu einer der höchsten Leckraten in Rohrleitungen führt. Auch die Trinkwasserqualität bleibt in

manchen Gebieten problematisch. Gegen die durch die Ausdehnung der Landwirtschaft verursachte Verschlechterung der Wasserqualität wird nicht ausreichend vorgegangen. Infrastrukturinvestitionen sind auch bei der Flusssanierung nötig, ebenso wie ein umfassenderes Vorgehen, um die Gewässerverschmutzung durch die Landwirtschaft zu kontrollieren.

- (32) Das irische Stromnetz zeigte sich im Jahr 2022 anfällig, als Probleme im Zusammenhang mit der Stromversorgung mit Soforthilfemaßnahmen behoben werden mussten. Der Klimaschutzplan Irlands enthält das ehrgeizige Ziel, das Energiewesen des Landes bis 2030 mit dem Ziel umzugestalten, 80 % des Stroms aus erneuerbaren Quellen zu generieren. Dies wird in hohem Maße zu Stromerzeugung aus variablen Energiequellen führen. Die derzeitige Flexibilität des Systems und seine Integration reichen zur Bewältigung so großer Mengen Energie aus variabler Erzeugung und des steigenden Energiebedarfs insbesondere der Rechenzentren nicht aus; dies könnte es erschweren, das Ziel für erneuerbare Energien zu erreichen. Es wird auf nachfrageseitige Flexibilität und die umfassende Modernisierung der Übertragungs-, Verteilungs- und Speicherinfrastruktur ankommen, um Irland weniger abhängig von der Einfuhr fossiler Brennstoffe zu machen und den Übergang des Landes zu einem klimaneutralen Energiesystem zu erleichtern und zu beschleunigen. Zu den entscheidenden Herausforderungen bei der Entwicklung der nachfrageseitigen Flexibilität zählen das Fehlen einer koordinierten Strategie, die das gesamte Energiesystem einschließlich der Wärme- und Kälteerzeugung abdeckt, sowie der Mangel an intelligenter Messinfrastruktur. Das Planungs- und Genehmigungssystem für die Erneuerbaren, für Speicherung und Netzanschlüsse effizienter zu machen, indem sichergestellt wird, dass in allen Planungsphasen das notwendige Personal mit passenden Kompetenzen verfügbar ist, und der Gesamtrahmen gestrafft wird, könnte groß angelegte Projekte und damit den ökologischen Wandel voranbringen.
- (33) Der Erdgasverbrauch in Irland ist von August 2022 bis März 2023 gegenüber dem durchschnittlichen Gasverbrauch im Vergleichszeitraum der fünf Vorjahre um 0,2 % zurückgegangen, was deutlich unter dem Reduktionsziel von 15 % liegt. Wenngleich Irland eine Ausnahme gewährt wurde, wird das Land ermutigt, seine Bemühungen um eine vorübergehende Senkung der Gasnachfrage bis zum 31. März 2024 fortzusetzen.²¹ Maßnahmen für mehr Energieeffizienz werden eine Schlüsselrolle bei der Senkung des Energieverbrauchs und beim Erreichen des EU-weiten Ziels einer Verringerung der Nettotreibhausgasemissionen um mindestens 55 % spielen. Die energetische Sanierung von Wohngebäuden, die Nachrüstung und der schnelle Einsatz von Wärme aus erneuerbaren Quellen werden für die Verwirklichung der Klimaziele von entscheidender Bedeutung sein. Trotz ehrgeiziger Ziele, das Äquivalent von 500 000 Wohnungen so nachzurüsten, dass sie einen Gebäudeenergie-Effizienzwert (BER) von B2 erreichen, sowie in bestehenden Wohnungen bis Ende 2030 400 000 Wärmepumpen als Ersatz für ältere, weniger effiziente Heizsysteme zu installieren, bestehen nach wie vor Herausforderungen, die vor allem auf fehlende qualifizierte Arbeitskräfte zurückzuführen sind. Die Zahl der emissionsfreien Fahrzeuge in der irischen Flotte nimmt von einer sehr niedrigen Basis aus rasch zu, jedoch kann die Dichte der öffentlichen Ladestationen nur schwer mit dem Tempo Schritt halten. Nur etwa 100 Kilometer Eisenbahnstrecke sind elektrifiziert, sodass Irland das EU-Land mit dem niedrigsten Anteil an elektrifizierten Eisenbahnstrecken ist. Darüber hinaus

²¹ Verordnung (EU) 2022/1369 des Rates und Verordnung (EU) 2023/706 des Rates.

beeinträchtigen überlastete Straßen die Luftqualität und kosten die Pendler viel Zeit.

- (34) Durch den Personal- und Fachkräftemangel in Bereichen und Berufen, die für den ökologischen Wandel von zentraler Bedeutung sind, einschließlich Fertigung, Inbetriebnahme und Instandhaltung klimaneutraler Technik, entstehen Engpässe für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft. Schul- und Berufsbildungssysteme hoher Qualität, die sich den veränderten Erfordernissen am Arbeitsmarkt anpassen, sowie gezielte Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen sind unerlässlich, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Arbeitsmarktinklusio sowie die Reallokation von Arbeitskräften zu fördern. Um das ungenutzte Arbeitskräfteangebot zu erschließen, müssen diese Maßnahmen zugänglich sein, insbesondere für diejenigen Menschen und in Wirtschaftszweigen und Regionen, die am stärksten vom ökologischen Wandel betroffen sind. Irland fehlten 2022 Arbeitskräfte in 12 Berufen, die besondere Kompetenzen oder Kenntnisse für den ökologischen Wandel erfordern, darunter Fachleute für Umweltschutz, Ingenieure und Elektroingenieure. Zudem wurde der Arbeitskräftemangel als ein Faktor angegeben, der die Produktion in der Industrie (46,8 % der Unternehmen) und im Baugewerbe (60,3 % der Unternehmen) beeinträchtigte.
- (35) Vor dem Hintergrund der Bewertung der Kommission hat der Rat das Stabilitätsprogramm 2023 geprüft; seine Stellungnahme²² spiegelt sich in Empfehlung 1 wider.
- (36) Da die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets eng miteinander verflochten sind und gemeinsam zum Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion beitragen, empfahl der Rat den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets, unter anderem im Rahmen ihrer Aufbau- und Resilienzpläne Maßnahmen zu ergreifen, um i) die Schuldentragfähigkeit zu erhalten und im Jahr 2023 von einer breit angelegten Stützung der Gesamtnachfrage abzusehen, gezieltere haushaltspolitische Maßnahmen vorzusehen, um die Auswirkungen der hohen Energiepreise abzufedern, und über geeignete Wege nachzudenken, wie die Unterstützung bei nachlassendem Energiepreisdruck zurückgefahren werden kann; ii) die öffentlichen Investitionen auf hohem Stand zu halten und private Investitionen zu fördern, um den ökologischen und digitalen Wandel zu unterstützen; iii) Lohnentwicklungen zu fördern, die den Kaufkraftverlust abschwächen, gleichzeitig aber Zweitrundeneffekte auf die Inflation zu begrenzen, die aktive Arbeitsmarktpolitik weiter zu verbessern und den Fachkräftemangel anzugehen; iv) die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern und zu gewährleisten, dass die Unterstützung der Unternehmen in der Energiekrise kostenwirksam und befristet ist und sich auf überlebensfähige Unternehmen beschränkt sowie Anreize für den ökologischen Wandel aufrechterhält, und v) die Makrofinanzstabilität zu erhalten, die Risiken zu beobachten und zugleich weiter an der Vollendung der Bankenunion zu arbeiten. Im Falle Irlands tragen die Empfehlungen 1, 2, 3 und 4 zur Umsetzung der ersten, zweiten und dritten Empfehlung für das Euro-Währungsgebiet bei.

²² Stellungnahme nach Artikel 5 Absatz 2 und Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates.

EMPFIEHLT, dass Irland 2023 und 2024 Maßnahmen ergreift, um

1. die geltenden Entlastungsmaßnahmen im Energiebereich bis Ende 2023 zurückzufahren; für den Fall, dass neuerliche Energiepreisanstiege Entlastungsmaßnahmen erforderlich machen, sicherzustellen, dass diese Maßnahmen gezielt auf den Schutz schwächer aufgestellter Haushalte und Unternehmen ausgerichtet werden, für die öffentlichen Haushalte tragbar sind und Anreize zum Energiesparen erhalten; unter Beibehaltung einer soliden Haushaltslage im Jahr 2024 die national finanzierten öffentlichen Investitionen aufrechtzuerhalten und die effektive Abrufung von Zuschüssen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität sowie anderen EU-Fonds zu gewährleisten, um insbesondere den ökologischen und digitalen Wandel zu fördern;

für die Zeit nach 2024 weiterhin Investitionen und Reformen zu verfolgen, die einem höheren und nachhaltigen Wachstum förderlich sind, und auf mittlere Sicht eine dem Vorsichtsgebot entsprechende Haushaltslage beizubehalten;

die finanzielle Tragfähigkeit des staatlichen Rentensystems durch Festlegung seiner Finanzierungsmodalitäten sicherzustellen;
2. die Umsetzung seines Aufbau- und Resilienzplans u. a. durch Gewährleistung ausreichender Ressourcen erheblich zu beschleunigen und den Zusatz sowie das REPowerEU-Kapitel zügig fertigzustellen, damit rasch mit deren Umsetzung begonnen werden kann; die kohäsionspolitischen Programme komplementär zum Aufbau- und Resilienzplan unter Ausnutzung von Synergien zügig umzusetzen;
3. die Investitionen zur Beschleunigung der Kreislaufwirtschaft hochzufahren; sowohl die Infrastruktur für die Abfallbehandlung mit Blick auf die höheren Stufen der Abfallhierarchie als auch die wirtschaftlichen Instrumente zur Abfallvermeidung und zur Steigerung des Anteils wiederverwendeter, wiederaufbereiteter und recycelter Abfälle weiter auszubauen; ein wirksames System für die getrennte Sammlung recyclingfähiger Abfälle, einschließlich biologisch abbaubarer Abfälle, zu entwickeln; Abfälle – insbesondere Kunststoff- und Bioabfälle – von Deponien und Verbrennungsanlagen wegzulenken; die Bemühungen um eine Beschleunigung von Investitionen in die Trinkwasser- und Abwasserinfrastruktur zu intensivieren;
4. die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen insgesamt zu verringern; die Bemühungen auf eine verbesserte Flexibilität des Elektrizitätssystems und eine bessere Integration der verschiedenen Energieträger in die Energieversorgung zu fokussieren; eine spezielle Strategie für die Entwicklung der nachfrageseitigen Steuerung zu konzipieren und umzusetzen und den Ausbau der Infrastruktur für intelligente Messsysteme und der Technologien für intelligente Netze zu beschleunigen; den Planungs- und Genehmigungsrahmen für erneuerbare Energien, Speicherung und Netzanschlüsse zu straffen; zusätzliche Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz in privaten und öffentlichen Gebäuden umzusetzen und so die Energiekosten und die Kosten des Energiesystems zu senken; die Installation öffentlicher Ladestationen für emissionsfreie Fahrzeuge zu beschleunigen; seine politischen Anstrengungen mit Blick auf die Vermittlung und den Erwerb der nötigen Kompetenzen für den ökologischen Wandel zu verstärken.

Geschehen zu Brüssel am [...]

*Im Namen des Rates
Der Präsident*